

Abschnitt 5: Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs

§ 60

Besondere Ziele der Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs

- (1) Das Land Berlin hat eine an den Zielen der §§ 3 bis 15, der auf den Wirtschaftsverkehr bezogenen Ziele und Vorgaben des StEP Mobilität und Verkehr und des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzepts sowie der besonderen Ziele zur Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs nach Maßgabe der folgenden Absätze 2 bis 5 ausgerichtete Förderung der Stadtverträglichkeit und Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsverkehrs sicherzustellen.
- (2) Um die Stadtverträglichkeit und Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsverkehrs zu gewährleisten, sichert das Land Berlin Infrastrukturflächen für Schiene und Wasserstraßen, soweit dies in der Zuständigkeit des Landes liegt, oder setzt sich beim Bund für deren Sicherung ein. Dies betrifft insbesondere Standorte mit gesamtstädtischer Bedeutung sowie Flächen zur Errichtung lokaler Umschlagplätze. Hierdurch soll insbesondere die Erreichbarkeit von Quellen und Zielen des Wirtschaftsverkehrs in angemessener Art und Weise sichergestellt werden.
- (3) Der Wirtschaftsverkehr soll die Breite der verfügbaren und sinnvoll einsetzbaren Verkehrsträger nutzen. Insbesondere der Güterfernverkehr soll auf Schiene und Wasserstraße verlagert werden. Der Personenwirtschaftsverkehr nutzt nach Möglichkeit primär die Verkehrsmittel des Umweltverbundes.
- (4) Das Land Berlin fördert den sinnvollen Einsatz von Alternativen zum dieselbetriebenen Nutzfahrzeug, insbesondere für lokal emissionsarme Fahrzeuge. Das Land Berlin unterstützt und fördert zudem Ansätze zur Weiterentwicklung leiserer und sauberer Antriebe im Schiffs- und Schienenverkehr.
- (5) Liefer- und Ladeprozesse sollen effizient und stadtverträglich erfolgen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn diese
 1. außerhalb der Hauptverkehrszeiten in Tagesrandlagen,
 2. möglichst emissionsarm,
 3. gebündelt erfolgen.

§ 61

Aufgaben und Zuständigkeiten für den Wirtschaftsverkehr

- (1) Das Land Berlin berücksichtigt die Belange des Wirtschaftsverkehrs im Sinne dieses Gesetzes bei allen Maßnahmen im öffentlichen Straßenland unter Abwägung mit anderen öffentlichen und privaten Belangen. Dies gilt insbesondere für die Bereitstellung von Flächen sowie bei verkehrsregelnden und verkehrslenkenden Maßnahmen.
- (2) Bei behördlichen Eingriffen im Bereich des gemäß § 16 Absatz 3 festgelegten Vorrangnetzes für den Straßenverkehr sind die Belange des Güterverkehrs besonders zu berücksichtigen. Einschränkungen des Güterverkehrs sind möglichst zu minimieren oder, soweit unvermeidbar, auszugleichen.
- (3) Die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung definiert unter Mitwirkung der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung Ziele und schafft Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung der für Berlin wichtigen multimodalen Umschlagplätze des Güterverkehrs sowie die notwendige Infrastruktur von Umschlagplätzen zur lokalen Ver- und Entsorgung.

- (4) Bei der für Verkehr zuständigen Senatsverwaltung wird unter Mitwirkung der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung eine Austauschplattform „Berliner Wirtschaftsverkehr“ eingerichtet. Zu ihren Aufgaben gehört insbesondere der regelmäßige Austausch zwischen den Akteuren des Wirtschaftsverkehrs mit den zuständigen Stellen aus Politik und Verwaltung. Die Austauschplattform „Berliner Wirtschaftsverkehr“ unterstützt die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung zudem in allen Fragen der Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs, unterbreitet Vorschläge und Anregungen und wirkt bei Fortschreibung des Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzeptes mit. Die Akteure der Austauschplattform „Berliner Wirtschaftsverkehr“ sind zwischen der für Verkehr und der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltungen und den Kammern, Innungen und Verbänden des Wirtschaftsverkehrs im Land Berlin abzustimmen und werden durch die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung benannt.

§ 62

Sicherung von Flächen zur Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs

- (1) Die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung entwickelt unter Mitwirkung der für Stadtentwicklung, für Wirtschaft und für Umwelt zuständigen Senatsverwaltungen sowie der Bezirke ein Verkehrsflächensicherungskonzept für den Wirtschaftsverkehr als Grundlage der Bauleitplanung, das den in § 6 und § 60 formulierten Zielen dient. Auch die Bezirke berücksichtigen diese Ziele bei den ihnen obliegenden Aufgaben der Bauleitplanung.
- (2) Die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung prüft im Rahmen der Verkehrsflächensicherung insbesondere, ob bestehende Gleisanlagen, Häfen und Umschlagstellen erhalten werden können sowie brachliegende Schieneninfrastruktur reaktiviert werden kann und setzt sich dafür ein, entsprechende Realisierungsmaßnahmen unter Berücksichtigung von Umweltbelangen umzusetzen. Das Integrierte Wirtschaftsverkehrskonzept wird entsprechend angepasst.
- (3) Die drei bestehenden und sich in Betrieb befindenden öffentliche Binnenhäfen Berlins sind wegen ihrer gesamtstädtischen Bedeutung zu sichern und zukunftsfähig zu ertüchtigen. Hierfür sind Ausbaupfade mit dem Betreiber zu entwickeln.
- (4) Im Rahmen der Bauleitplanung ist zu berücksichtigen, dass sowohl bei der Planung im Bestand als auch bei Erweiterung und Neubau von Quartieren ein ausreichend dichtes Netz von Umschlagplätzen entsteht, um eine effiziente und stadtverträgliche Abwicklung von Lieferungen an Haushalte und gewerbliche Kunden zu ermöglichen. Das Integrierte Wirtschaftsverkehrskonzept wird um entsprechende Kriterien, Standards und Umsetzungspfade erweitert.

§ 63

Liefer- und Ladeverkehrsflächen

- (1) Die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung erarbeitet unter Einbindung der Bezirke und der Austauschplattform Wirtschaftsverkehr einen Leitfaden für die Bedarfsermittlung von Liefer- und Ladeverkehrsflächen und definiert darin konkrete Qualitäts- und Quantitätskriterien für Liefer- und Ladeverkehrsflächen im öffentlichen Raum. Der Leitfaden ist zwei Jahre nach Inkrafttreten des zweiten Änderungsgesetzes vorzulegen.
- (2) Nutzungs- und Bedarfsänderungen für Liefer- und Ladeverkehrsflächen im Sinne des in Absatz 1 genannten Leitfadens werden regelmäßig nach fünf Jahren überprüft und die

ermittelten Bedarfe ausgewiesen. Bei der Bauleitplanung sind diese Ergebnisse entsprechend zu berücksichtigen.

- (3) Den Belangen des Wirtschaftsverkehrs soll bei der Planung und Einrichtung von Liefer- und Ladeverkehrsflächen Vorrang gegenüber der Einrichtung von Parkflächen für anderweitige Nutzungen gewährt werden. Dies gilt insbesondere für die im Rahmen der Überprüfung gemäß Absatz 2 identifizierten Schwerpunkträume.
- (4) Unbeschadet der vorstehenden Absätze hat die Einrichtung von Liefer- und Ladeverkehrsflächen vorrangig im privaten Raum zu erfolgen.

§ 64

Stadtverträgliche Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs

- (1) Für eine stadtverträglichere Ver- und Entsorgung sind Nebenverkehrszeiten unter Berücksichtigung immissionsschutzrechtlicher, straßenverkehrsrechtlicher und straßenrechtlicher Vorgaben verstärkt zu nutzen. Die für die Bauleitplanung zuständige Senatsverwaltung und die Bezirke prüfen und veranlassen entsprechende Maßnahmen bei der Bauleitplanung und bei baurechtlichen Einzelfallentscheidungen. Die zuständigen Stellen prüfen auch im Bestand die Umsetzung entsprechender Maßnahmen.
- (2) Die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung prüft in Abstimmung mit den Berliner Verkehrsbetrieben, der S-Bahn-Berlin GmbH, der Deutschen Bahn AG und gegebenenfalls weiteren Verkehrsunternehmen in regelmäßigen Abständen, spätestens aber alle fünf Jahre, ob Flächen und Kapazitäten der nicht straßengebundenen Infrastruktur für den Wirtschaftsverkehr ohne Beeinträchtigung des öffentlichen Verkehrs nutzbar gemacht werden können. Die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung berichtet über die Ergebnisse der Prüfung.
- (3) Die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung führt unter Beteiligung der für Umwelt und der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltungen ein Markenzeichen für besonders sichere und emissionsarme Lieferfahrzeuge und Lieferprozesse ein. Hierbei werden sowohl technische als auch nicht-technische Maßnahmen zur Reduktion von prozessbedingten Emissionen berücksichtigt.

§ 65

Routennetz für Großraum- und Schwertransporte

- (1) Für Großraum- und Schwertransporte im Sinne des § 6 Absatz 3 wird ein Routennetz festgelegt.
- (2) Haupttrouten sind in ihrer Nutzbarkeit langfristig zu sichern. Diese sind instand zu halten, Bedarfe der Großraum und Schwertransporte bei der Neuerrichtung und Umgestaltung zu beachten. Das Land Berlin wirkt darauf hin, dass weitere Übergabepunkte für Großraum- und Schwertransporte in Nähe der Landesgrenzen eingerichtet werden.
- (3) Bei Einschränkungen im Routennetz erfolgt eine möglichst frühzeitige Information.
- (4) Das Routennetz für Großraum- und Schwertransporte wird auf Vorlage der für Verkehr zuständigen Senatsverwaltung unter Beteiligung der für Wirtschaft zuständigen Senatsverwaltung vom Senat beschlossen und ist zu veröffentlichen.

§ 66

Finanzierung von Maßnahmen zur Sicherung der Stadtverträglichkeit und Funktionsfähigkeit
des Wirtschaftsverkehrs

Zur Finanzierung der Planung, Organisation, Ausgestaltung und Durchführung dieses
Abschnittes stellt das Land Berlin Personal- und Sachmittel nach Maßgabe der
Haushaltsgesetze zur Verfügung. Dabei sind auch Mittel aus Bundes- und europäischen
Förderprogrammen zur Förderung heranzuziehen.

Begründung

Abschnitt 5, § 60 - § 66

Der neue Abschnitt zur Entwicklung des Wirtschaftsverkehrs regelt, wie die Rahmenbedingungen zur Sicherung der Stadtverträglichkeit und Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsverkehrs in Berlin konkret, nachvollziehbar und permanent hergestellt werden.

Zu § 60

Die besonderen Ziele ergänzen oder konkretisieren die auch für den Wirtschaftsverkehr einschlägigen verkehrsmittelübergreifenden Ziele der §§ 3 bis 15 MobG. Dabei ist Aufgabe fachgerechter Planung, die Vielzahl der durch die Ziele zu beachtenden Aspekte zu bewerten und zu gewichten und so ein optimales Ergebnis zu erreichen. Wichtig ist: Die vorgegebenen Ziele müssen nicht widerspruchsfrei sein, die Gegensätze sind aber im Ergebnis guter Planung aufzulösen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass während für die Mehrzahl der Verkehrsteilnehmenden im urbanen Raum Wahlfreiheit hinsichtlich des Verkehrsmittels besteht, diese Freiheit im Wirtschaftsverkehr oft nur eingeschränkt existiert.

Absatz 2 stellt die Bedeutung von Infrastrukturflächen für den Wirtschaftsverkehr heraus.

Absatz 3 definiert das Ziel, den Güterverkehr nach Möglichkeit auf klima-, umwelt- und stadtverträglichere Verkehrsträger zu verlagern, wobei im Fernverkehr eine Verlagerung auf Schienen- und Wasserstraßen angestrebt werden sollte. Im Nahverkehr sollte die Verlagerung auf lokal emissionsarme oder emissionsfreie Fahrzeuge wie beispielsweise elektrisch angetriebene Kraftfahrzeuge oder Lastenräder erfolgen.

Eine Verlagerung des Wirtschaftsverkehrs führt zu einer Entlastung des Straßenraums und zu einer Reduktion verkehrsbedingter Emissionen, Klimafolgen und Gefährdungen. Gleichzeitig hat eine Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr mehr Platz für den Umweltverbund zur Folge. Insbesondere für die erste und letzte Meile kann der Einsatz stadtverträglicherer Fahrzeuge sinnvoll sein.

Das Land Berlin wirkt auf eine verstärkte Nutzung der Verkehrsmittel des Umwelt Verbundes durch den lokalen Personenwirtschaftsverkehr hin. Dies stellt eine Ergänzung zu dem in § 5 Absatz 2 formulierten Ziel dar, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch attraktive Angebote zur Nutzung des Umweltverbundes zu bewegen. Darüber hinaus sind auch sog. push-Maßnahmen möglich.

Für eine stadtverträglichere Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs müssen möglichst lokal emissionsarme Fahrzeuge, insbesondere im Bereich größerer Fahrzeugklassen, zum Einsatz kommen. Das Land fördert und unterstützt in Absatz 4 die Entwicklung dieser Fahrzeuge und Antriebsarten.

Die in Absatz 4 verankerte Förderung erfolgt insbesondere durch die Begleitung entsprechender Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, sowie das Einbringen des Themas in die politische Diskussion auf nationaler Ebene.

Die in Absatz 5 definierten Vorgaben tragen ebenfalls zu einer stadtverträglicheren Abwicklung des Wirtschaftsverkehrs bei.

Eine Reduktion von verkehrlichen Emissionen kann beispielsweise durch die Nutzung von Tagesrandzeiten für die Ver- und Entsorgung erreicht werden. Dies ist durch entsprechende verkehrliche Anordnungen im Bestand bzw. baurechtliche Vorgaben im Rahmen der Bauleitplanung sicherzustellen.

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Referentenentwurf Abschnitt Wirtschaftsverkehr - Stand 10.09.2020

Um die Atomisierung von Liefervorgängen zu reduzieren, solle Liefer- und Ladeprozesse möglichst gebündelt erfolgen.

Die Zustellung und Rückholung von Sendungen an Privathaushalte soll dabei möglichst anbieterübergreifend gebündelt werden.

Zu § 61

Die Umsetzung der Ziele zur Sicherung der Stadtverträglichkeit und Funktionsfähigkeit des Wirtschaftsverkehrs ist eine Querschnittsaufgabe; mehrere Ämter und Abteilungen auf Senats- und Bezirksebene sind damit befasst. Es wird ein integrierter Planungsansatz verfolgt, der den gesamten Straßenraum in den Blick nimmt.

Absatz 2 formuliert das Ziel, Einschränkungen des Güterverkehrs, beispielsweise in Form von Baumaßnahmen, im Bereich des Vorrangnetzes nach § 16 Absatz 3 zu vermeiden oder durch Umleitungen auszugleichen.

Die in Absatz 4 verankerte Austauschplattform dient der transparenten und regelmäßigen Kommunikation und Beteiligung der Akteure des Wirtschaftsverkehrs (Berlin und Umland) als auch mit Politik und Verwaltung. Die Arbeitsgruppen im Rahmen des IWK-Workshop-Prozesses dienen als Orientierungsrahmen der zu Beteiligten, Ergänzungen werden abgestimmt.

Schwerpunktmäßig soll die Kommunikation zwischen den Akteuren sowie das Verknüpfen von verschiedenen Segmenten des Wirtschaftsverkehrs gefördert werden. So werden gemeinsame Interessen und neue Kooperationsmöglichkeiten identifiziert. Für diverse Belange sind die Berliner Bezirke einzubeziehen. Die Einbeziehung der Bezirke ersetzt nicht die gesetzliche vorgeschriebene Beteiligung des Rats der Bürgermeister.

Das Format der Plattform kann in Abhängigkeit des Themas zielgerichtet ausgewählt werden.

Eine themenbezogene Ergänzung wird fallweise vorgesehen. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure erfolgt durch Berichte an den Mobilitätsbeirat.

Zu § 62

Die für den Wirtschaftsverkehr nutzbare Infrastruktur sichert die Funktionsfähigkeit der Stadt.

Absatz 1 definiert das Ziel, ein Verkehrsflächensicherungskonzept zu entwickeln, mit dem die für den Wirtschaftsverkehr wichtigen Infrastrukturflächen dauerhaft gesichert werden.

Realisierungsmaßnahmen für die Verkehrsflächensicherung nach Absatz 2 können z. B. sein: Flächenerwerb, Ausübung des Vorkaufsrechts, bauleitplanungsrechtliche Auflagen, Empfehlungen zum Flächenerwerb durch Dritte. Flächen, die für den Wirtschaftsverkehr genutzt werden, sind auch für Ver- und Entsorgung sowie Reinigung notwendig, und andere große Fahrzeuge, die nicht explizit zum Lieferverkehr gehören; Fahrzeuge des Rettungswesens profitieren ebenso von guter Infrastruktur.

Das Integrierte Wirtschaftsverkehrskonzept wird hinsichtlich der diesbezüglichen Kriterien, Standards und Umsetzungspfade erweitert.

Das in Absatz 4 verfolgte Ziel ist es, die Atomisierung von Liefervorgängen zu reduzieren und Sendungen daher möglichst gebündelt in die Quartiere zu transportieren. Daher ist zu prüfen, in welchen Segmenten des Wirtschaftsverkehrs und bezogen auf welche Räume eine weitere anbieterübergreifende Konsolidierung (White-Label oder Gebietsspediteur) rechtskonform umsetzbar wäre und positive verkehrliche Entwicklungen erwarten lässt. Der Ansatz beinhaltet Anstrengungen

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz

Referentenentwurf Abschnitt Wirtschaftsverkehr - Stand 10.09.2020

zur Erreichung eines Systemwechsels von der „Haustürlieferung“ im Privatkundenbereich hin zur stärkeren Nutzung von (möglichst anbieterneutralen) „Pick-up“ und „Drop-off“-Lösungen. Hier können ohne signifikanten Qualitätsverlust für das Individuum deutliche gesellschaftliche Vorteile (insbesondere durch reduzierte Fahrtenanzahl, zurückgelegte Distanz und Anzahl der Stopps) realisiert werden.

Da die Gesetzgebungskompetenz für das Postwesen beim Bund liegt, setzt sich das Land Berlin, dort wo dies verkehrlich sinnvoll ist, für eine entsprechende Regulierung ein.

Wo genau es sinnhaft ist, in Quartiersnähe entsprechende Flächen vorzusehen, kann nicht pauschal festgelegt werden. Diesbezügliche Kriterien, Standards und Umsetzungspfade sind zukünftig im Integrierten Wirtschaftsverkehrskonzept zu definieren.

Zu § 63

Es besteht teilweise ein lokaler Mangel an Lieferverkehrsflächen oder ausgewiesene Flächen werden fehlgenutzt. Dies führt zu erheblichen Behinderungen des Wirtschaftsverkehrs selbst, aber auch des übrigen Verkehrs und der Verkehrssicherheit.

Die Liefer- und Ladezonen sollen in ihrer Ausführung auch für Lkw mit einer zulässigen Gesamtmasse größer 7,5t nutzbar sein. Sie sollen mindestens gleichwertig auch für Entsorgungsprozesse und Straßenreinigung nutzbar sein.

Von dem in Absatz 3 formulierten Vorrang des Wirtschaftsverkehrs bei der Planung und Einrichtung von Liefer- und Ladezonen sind Parkflächen für Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen ausgenommen.

Zu § 64

Liefer- und Ladeprozesse sowie die Ent- und Versorgung sollen bezogen auf die Nutzung der bestehenden Infrastruktur möglichst effizient und stadtverträglich abgewickelt werden, daher sollen diese Vorgänge außerhalb der Hauptverkehrszeiten verlagert werden, in denen die Infrastruktur durch Morgen- und Abendspitzen im privaten Verkehr sowie dem ÖPNV genutzt wird. Dabei werden die geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen zur Ausweisung von Parkflächen für mobilitätseingeschränkte Menschen eingehalten, ebenso wie die Vorgaben des Immissionsschutzrechts. Tagesrandlagen sind die frühen Morgen- und späten Abendstunden, die unter Berücksichtigung von insbesondere Lärmschutz etc. genutzt werden können, mit Nebenverkehrszeiten können auch Mittagsstunden gemeint sein, die außerhalb der Pendelverkehrsspitzen liegen.

Für Betreiber von lärmarmen Fahrzeugen werden unter Wahrung von Immissionsschutzbelangen, z.B. den Anforderungen der TA Lärm, Ausnahmegenehmigungen für Belieferungen in Tagesrandzeiten erteilt.

Nach Einführung des Markenzeichens aus Absatz 3 soll dieses bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das Land Berlin im Rahmen des Vergabeverfahrens berücksichtigt werden.

Zu § 65

Die Straßeninfrastruktur im Hauptnetz ermöglicht dem Wirtschaftsverkehr Kernleistungen wie die Ver- und Entsorgung, Baustellenverkehr aber auch die Stadtreinigung, in angemessener Qualität und Quantität zu erfüllen. Dazu muss sie entsprechend instandgehalten oder ertüchtigt sein. So wird die Funktionsfähigkeit der Stadt erhalten und die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Berlin erhöht.

Absatz 3 macht die Vorgabe, bei der Planung von Einschränkungen wie Baumaßnahmen zu prüfen, inwiefern diese Auswirkungen auf das Routennetz des Großraum- und Schwertransports haben.